

**Einkünfte und Kapitalrenten hat ein unverheirateter Steuerpflichtiger in den ersten drei Stufen in England nicht zu zahlen, in Frankreich gleichmäßig 10 v. H., in Deutschland 16,80, 17,80, 18,20 v. H.; bei 50.000 RM. in Frankreich 10,75, in England 6,00, in Deutschland 18,00 v. H.; bei 100.000 RM. in Frankreich 11,50, in England 13,50, in Deutschland 23 v. H.** Bei einem Kapitalrenteneinkommen von 50.000 RM. beträgt die Steuer in Deutschland auf 38,10 v. H., während in Frankreich nur 10,10 und in England 27,53 v. H. erhoben. Bei einer Million werden in Deutschland 44,05 v. H. eingezogen, in Frankreich nur 26,80 und in England 31,71 v. H., bei 5 Millionen in Deutschland 58,21, in Frankreich 33,26, in England 50,34 v. H. Auch bei der weiteren Durchföhrung des Vergleiches weist sich auf der ganzen Linie eine erhebliche Verschönerung des deutschen Steuerzahlers, sowohl des Verheirateten wie des unverheirateten, heraus, und dazu kommt, daß die Lage des deutschen Einkommenströgers gegenüber dem französischen und englischen Steuerträger sich noch weiter verschlechtert, je mehr der Einkommen sinkt. Die dann eintretende Lohn- und Arbeitsverböhrungen ändern an dieser Tatsache nichts, weil sie stets nur einen Bruchteil der Geldentwertung ausgleichen, niemals aber für diese einen vollständigen Ersatz gewähren können.

Vollständig freilich kann freilich die finanzielle Belastung in einem Lande nur dann erreicht werden, wenn man auch die indirekten Steuern mit berechnet und danach feststellt, was dem einzelnen Steuerpflichtigen im Endresultat unter Berücksichtigung des Wertverlustes zum Leben verbleibt. Die Verbrauchsabgaben eignen sich aber sehr schwer zum Vergleich, weil der Verbrauch von Gütern bestimmter Art nicht überall unter den gleichen Bedingungen steht. Deshalb darf auch aus dem Umstande, daß auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland bei einer genauen Berechnung vielleicht ein geringeres Aufkommen aus Verbrauchsabgaben zu finden wäre, als in England und Frankreich, nicht der Schluß auf eine geringere Belastung, sondern nur auf einen vermindernden Verbrauch und damit auf eine milderere Wirtschaftslage des deutschen Steuerzahlers gezogen werden; denn aus Gründen der in Deutschland herrschenden wirtschaftlichen Not ist der Verbrauch abgenommen worden; denn durch die Krise erheblich gesunken. Nicht man überdies in Erwägung, daß nach den Vorschriften der Regierung Kaffee, Tee und Kakao in einem der Verbrauch weitere Stellen nahezu ausschließlichen Maße belastet werden, sowie daß in Deutschland die Arbeiterlöhne in Höhe von 10 v. H. und die Unternehmer in Höhe von 2 v. H. eine gewaltige Belastung des Verbrauches darstellen, während es in ähnlichen Vergleichshöhen eine Abnahme überhaupt nicht gibt und die Umgehungen in Frankreich nicht annähernd in dem in Deutschland erreichten Maße, in England gar nicht erhoben wird, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß Deutschland auch die Bekämpfung des Verbrauches zu weit als tragend mäßig geschätzert hat. Auch hier gibt es eine Grenze, die im Interesse der Erhaltung der Volkswirtschaft nicht überschritten werden darf. Wenn die indirekten Abgaben zu drückend sind, daß sie die Ernährung des Volkes beeinträchtigen, ist die unvermeidliche Folge eine Abnahme der nationalen Arbeitskraft, die dann wieder in einem Anstieg der Reparationsleistungen in Erscheinung tritt und dadurch auch das Interesse der Gläubiger schädigt.

Die Berechnung des Anteils der Steuern am Volkseinkommen hat folgendes Ergebnis: 1. Auf der Grundlage der Zahlen des Völkerverzeichnisses beträgt das Volkseinkommen in Deutschland 212 Milliarden Mark, in Frankreich 138 Milliarden Franken, und das Gesamtvermögen aus Steuern für 1922 97,2 Milliarden Mark für Deutschland und 18 Milliarden Franken für Frankreich; demnach Anteil der Steuern am Volkseinkommen in Deutschland 45,9, in Frankreich 14,10 v. H.; nach den abweichenden Berechnungen französischer Sachverständiger über das beiderseitige Volkseinkommen beträgt der Steueranteil in Deutschland 34,10, in Frankreich 16,71 v. H. In beiden Fällen erscheint demnach die prozentuale Belastung des Volkseinkommens durch die Steuern in Deutschland weit höher, als in Frankreich. Steht man weiter fest, was nach Abzug der Steuern dem einzelnen in Durchschnitt von seinem Staate zum Lebensunterhalt gelassen wird, so ergibt sich unter Berücksichtigung der inneren Kaufkraft des Geldes: 1. nach den Zahlen des Völkerverzeichnisses für den Deutschen 3788 Mk., für den Franzosen 2749 Franken = 13745 Mk.; 2. nach den Zahlen französischer Sachverständiger: für den Deutschen 3011 Mk., für den Franzosen 2200 Franken = 11225 Mk. Damit ist die Vergleiche von der besseren Lage des deutschen Steuerzahlers ein für allemal abgetan.

Auf steuerlichem Gebiete muß daher nun endgültig Schluss gemacht werden in Deutschland, und der Gedanke, daß dem deutschen Volke noch weitere Steuerlasten aufgebürdet werden könnten, darf im Gebirne eines deutschen Staatsmannes überhaupt nicht mehr Wurzel fassen. Die Reichsverordneten dürfen auf die ungeschmälerte Durchbarkeit der deutschen Steuerzahler Anspruch machen, weil sie im Reichstage mit aller Schärfe betont haben, daß die Zwangsanleihe unbedingt das letzte Opfer sei, das man dem deutschen Volke auf steuerlichem Gebiete überhaupt noch zumuten könne. Es muß endlich einmal Ruhe werden, der wertvolle deutsche Bürger muß sich wieder auf sich selbst verlassen können, er muß darauf geschöpft sein, im Frontdienst der Entente von einem Steuerprojekt zum anderen gelangt und auf Schritt und Tritt von den Steuergeldern der Steuerlasten verhaftet zu werden, die in seinen Taschen herumwühlen, ob noch irgend etwas herauszuholen ist. Einer der Reichsverordneten über die neuen Steuerentwürfe im Reichstage sagte seine Ansicht in die klaffenden Worte zusammen: „Wenn diese Steuern in Kraft getreten sind, wird es in ganz Deutschland zwischen Himmel und Erde und von der Wiege bis zum Grab keinen einzelnen Gegenstand geben, der nicht mindestens einmal, vielleicht aber auch mehrmals von einer Steuer erfaßt wäre“. So ist der wahre Stand der Dinge und darüber hinaus gibt es nun nichts mehr, was die Steuerlasten in Deutschland noch ergreifen könnte. Das wissen in Genua und vor der Reparationskommission die deutschen Vertreter mit der Deutlichkeit in der Hand unablässig in das Bewußtsein der Ententemächthaber hineinzuhämmern, bis diese endlich zu der Einsicht gelangen, daß die Reparationslast auf ein solches Ausmaß herabzusetzen ist, bei dem Deutschland finanziell und wirtschaftlich existieren kann.

**Der Streik der Berliner Telegraphen-Arbeiter.**

**(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)**  
Berlin, 4. Febr. Nachdem bereits gestern in einem hiesigen Telegraphenbauamt Arbeitniederlegungen vorgenommen waren, sind heute morgen die Telegraphen-Arbeiter geschlossen in den Streik getreten. Bereits am Donnerstagabend hatte eine Funktionsversammlung der im Verkehrsabteilung organisierten Post- und Telegraphenarbeiter den Streik beschlossen. Dieser Beschluß wurde gestern von der Bezirksverwaltung der zuständigen Gewerkschaft des Deutschen Verkehrsbundes genehmigt, doch haben nur die Telegraphenarbeiter die Arbeit niedergelassen. Der Austausch hat auf den Dienstbetrieb keinen unmittelbaren Einfluß, nur der sogenannte Kundendienst, der von von Leitungen, Beseitigung von Störungen usw. ist lahm gelegt.

**Kommunistische Sympathiefeierhege.**  
**(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)**  
Berlin, 4. Febr. Der Gewerkschaftsrat und die kommunistischen Organisationen rufen heute früh zur allgemeinen Arbeitsruhe für Montag, den 6. d. M., auf als Demonstration für die streikenden Eisenbahner und Beamten.

**Die Haltung der Reichsregierung zum Streik.**

**Der Verlauf der Verhandlungen mit den Arbeitergewerkschaften.**

**(Eigener Drahtbericht der Berliner Schriftleitung.)**  
Berlin, 4. Febr. Ueber den Gang der Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftsvertretern und der Reichsregierung wird noch mitgeteilt: An der Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahmen der Reichsverkehrsminister Groener und Reichsanwältin Dr. Herms teil. Die Arbeitervertreter erklärten, daß der Erlaß des Reichspräsidenten in Arbeiterkreisen als ein Verstoß der Reichsregierung gegen das Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer aufgefaßt werde. Dieser Ansicht trat der Reichskanzler entschieden entgegen, indem er erklärte, die Verordnung gelte nur für den Beamtenbereich. Darauf wurden die Verhandlungen unterbrochen und es fand eine Kabinettsitzung statt, in der die Frage erneut behandelt wurde. Die Reichsregierung beschloß, dem Erlaß eines Auftrags der Gewerkschaften zuzustimmen, wenn in diesem Erlaß die Billigung des Streiks ausdrücklich hervorgehoben werde. Nach der Kabinettsitzung wurden die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern fortgesetzt. Bei Beginn der Verhandlungen zeigten die Gewerkschaftsvertreter dem Reichskanzler mit, daß Vertreter des Deutschen Beamtenbundes baten, von Dr. Witt empfungen zu werden. Der Kanzler erwiderte, daß er dem Ersuchen nur entsprechen könne, wenn der Deutsche Beamtenbund vorher seine Willigkeitsklärung gegenüber dem Streik ausbreite. Daraufhin gaben die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes die ausdrückliche Erklärung ab, daß der Deutsche Beamtenbund den Streik ablehne und das Vorgehen der Reichsregierung billige. Die Besprechungen des Kanzlers mit den Gewerkschaftsvertretern führten schließlich zu dem Auftrag der Gewerkschaften.

**Die Haltung der Reichsregierung**

etwa in folgendem Sinne fest: Die Regierung werde nach wie vor auf ihrem Standpunkte bestehen und in keinem Fall mit den Streikenden verhandeln. Ebenso werde sie auch niemals den Beamten ein Streikrecht zuerkennen können. Im übrigen liege überhaupt kein Grund zu einem Rückstande vor, da die Verbindungsaktion für die Beamten noch gar nicht abgeschlossen sei. Voraussetzung sei gegenwärtig, daß die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen werde. Unter dieser Bedingung sei die Reichsregierung bereit, mit dem Deutschen Beamtenbund, der den Streik billigt, in Besprechungen einzutreten. Heute wird die Reichsregierung übermorgen eine Kabinettsitzung abhalten, um zu der durch die gestrigen Besprechungen gefassten Lage Stellung zu nehmen.

**Regierungsverhandlungen mit dem Deutschen Beamtenbund.**

Berlin, 4. Febr. Vom Deutschen Beamtenbund wird mitgeteilt, daß seine Vertreter im Laufe des gestrigen Tages beim Reichskanzler nochmals Vorstellungen erhoben haben, um die sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen des Beamtenbundes zu erreichen. Der Reichskanzler habe sich bereit erklärt, die vom Deutschen Beamtenbund angeregten Verhandlungen persönlich und schlichtend einzuleiten. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sagten ihrerseits zu, auf eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen hinzuwirken. Der Deutsche Beamtenbund ist die Spitzenorganisation aller Beamtenverbände, der auch als Unterorganisation die streikende Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten angehöre. Die angestrebten Verhandlungen würden daher eine Neuregelung der ganzen Beamtenbefoldung zum Zweck haben.

**Die Streiklage.**

**Abbröckelung des Streiks?**

**(Eigener Drahtbericht der Berliner Schriftleitung.)**  
Berlin, 4. Febr. Ueber die Lage des Streiks der Eisenbahnbeamten erfahren wir an amtlicher Stelle, daß die Wirkungen der Aufforderung der Gewerkschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit im Eisenbahnbetriebe, soweit Nachrichten vorliegen, sich an einzelnen Stellen zu bemerkten sind, insbesondere fehlten Lokomotivführer, wie dies bereits gestern an mehreren Stellen im Bahernbors der Fall gewesen, heute morgen zum Beispiel 47 Lokomotivführer zum Dienst zurück. Der Streik beschränkt sich im übrigen, wie bisher, auf den nabegelegten Teil Norddeutschlands, ausschließlich Mecklenburgs. Der Streikumfang ist im allgemeinen derselbe. Das Fernbleiben von Stationspersonal beruht zum großen Teil darauf, daß infolge der Stilllegung des Betriebes auch für diesen Teil des Personals nur geringe Arbeitsmengen vorliegen sind. Der Arbeiterbetrieb wird von heute ab in stärkerem Umfang durchgeführt. In vielen Bezirken ist es möglich gewesen, außer dem Lebensmittelverkehr (besonders Milch) einen Teil der Kohlenzüge und einen beschränkten Personenverkehr schon gestern durchzuführen. Die Nachricht, daß im Essener Bezirke der gesamte Verkehr ruhe, ist unzutreffend. Schon gestern sind dort Lebensmittelzüge und einige Kohlenzüge, darunter Wiedergutmachungszüge, gefahren worden. Heute soll der Kohlenverkehr in härterem Umfang aufgenommen und Wiedergutmachungszüge, soweit es möglich, gefahren werden. Auch in Breslau fahren eine große Menge Kohlenzüge.

In Halle ist besonders infolge der Nähe der Zechen die Versorgung der Industrie mit Kohle störungslos. Sabotage-Akte haben vereinzelt stattgefunden. Die Entente führt auf der Strecke Köln—Oberfeld die Züge nicht durch, sondern läßt die Reisenden in Oldigs umsteigen, wahrscheinlich, um das Wagenmaterial für die in umgekehrter Richtung fahrenden Züge in ihrem Machtbereich zu behalten.

Ueber die Lage in den einzelnen Direktionsbezirken wird berichtet:

**Altona.** Die Streiklage ist unverändert. Die Technische Rothhilfe in Hamburg ist in Tätigkeit getreten.

**Berlin:** Am Eisenbahnverkehr ist eine fühlbare Verbesserung eingetreten. Der Arbeiterbetrieb ist für den Personenverkehr auf der Wannesebahn und verchiedenen anderen Bevoorzugsstrecken aufgenommen worden. Auch nach Völkerrückkehr ist heute gefahren werden. Nach Magdeburg, Stettin und Stendal ist Arbeiterbetrieb eingerichtet worden. Die notwendige Rücksicht ist sichergestellt, so daß für Kinder und Kranke Milch ansäuernd vorhanden sein soll. Auf dem Schlachtviehhoft sind heute 122 Wagen mit Vieh angekommen.

**Berlin-Mitten:** Der Zugverkehr ruht fast vollständig. Es wurden sechs Züge durch den Korridor und vier andere Güterzüge gefahren. Es fehlten zum Großteils Lokomotivpersonal, sowie an einzelnen Stellen die Weichenheiser.

**Breslau:** Kohlen für Bräun und Wesseln werden gefahren mit Hilfe von Kulis. Arbeiterverkehr ist gestört. **Kassel:** Arbeiter sind ruhig, Kohlenverkehr auf Güterausfuhr ist gering. Einige Kohlenzüge sind gefahren und einige Personenzüge.

**Oberfeld:** Der Streik ist im allgemeinen unverändert. Es fuhr im allgemeinen das Lokomotiv- und Zugbegleitpersonal und ein einigermaßen Teil aus das Stationspersonal. Ein Zug, geführt durch Ober- und Unteraufseher, wurde bei der Ausfuhr von Oldigs beschaffen. Es wurden rund 140 Personen- und Güterzüge gefahren.

**Oldigs:** Die Lage ist unverändert. Der Arbeiterbetrieb ist an mehreren Stellen wieder aufgenommen. Arbeiterbetrieb auf allen Strecken. Drei Lokomotivführer wegen Vorbegehens gegen Arbeitswillige verhaftet. Die Industrie hält den Betrieb aufrecht.

**Werra:** Lage etwas verschlechtert, geringerer Verkehr. Durchweg geringer Arbeiterbetrieb. In größeren Orten ist Schuss eingeleitet. Technische Rothhilfe in Erfurt alarmiert. Kohlenmangel in der Industrie. Kohlenindustrie muß stillgelegt werden.

**Frankfurt:** Lage unverändert. Dunlop-Werke in Hanau müssen mit 1000 Mann feiern. Es fehlten Lokomotivführer und Weichenheiser.

**Stettin:** Von heute normiert wird gemeldet, daß die Arbeit in großem Umfange wieder aufgenommen worden ist. Es haben sich Beamte in großer Zahl gemeldet. **Magdeburg:** Lokomotivführer und Zugbegleitpersonal frei. Der Zugbetrieb wird in geringem Umfange aufrechterhalten. **München:** Streik unverändert. Verkehr ruht fast vollständig. 12 Züge gefahren. Technische Rothhilfe hält die Anlagen in Mühler und Donabrück in Betrieb. Es streifen Lokomotivführer und Zugbegleitpersonal. **Sabotage** eines Lokomotivführers.

**Personenkraftwagenbetrieb Leipzig—Halle.**

Halle, 4. Febr. Die Oberpostdirektion Halle teilt mit, daß von heute ab mit Personenkraftwagen die Verbindung zwischen Halle und Leipzig aufgenommen wird. Für die nächsten Tage wird eine Erweiterung dieser Postlinien auf anderen Strecken eingeplant. Als in der vergangenen Nacht von Halle aus Züge in der Richtung nach Berlin durchgeführt werden sollten, erzwangte das Personal in Wittersfeld das Vorhaben. In Wittersfeld verletzten die Eisenbahner einen nach Berlin bestimmten Zug nicht abzulassen und erst nachdem die Anführer verhaftet wurden, konnte die Beförderung durchgeführt werden.

**Volier Verkehr in Bayern.**

**(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)**  
München, 4. Febr. In München wird, wie auch im übrigen Bayern, nicht gestreift. Es macht sich auch keine streikbewegung bemerkbar. Bahn- und Postverkehr werden, soweit nicht die Verbindungen nach den Streikgebieten Einschränkungen bedingen, vollkommen ungestört erhalten. In Passau sind einige Lokomotivführer in den Streik getreten. Ein Teil von ihnen wurde sofort entlassen. Wegen der übrigen ist das Disziplinaverfahren eingeleitet worden. Für die Streikenden konnte sofort Erlaß geschafft werden, so daß es zu Verkehrsstörungen nicht gekommen ist.

**Regelmäßiger Verkehr in Baden.**

Mannheim, 4. Febr. Der Eisenbahnbetrieb nach Süddeutschland läuft im Ganzen. Von einem Streik ist auf dem Bahnhof überhaupt nichts zu bemerken. Lediglich die Züge nach Darmstadt und Frankfurt werden nicht abgelassen.

**Noch keine Stellungnahme der Reichsgewerkschaft.**

Berlin, 4. Febr. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten ist auch heute noch nicht in sein Verhandlungsbureau zurückgekehrt. Er hat aber, wie mitgeteilt wird, mit sozialistischen Führern Rücksprache genommen und wird erst nach Wiedenaufnahme der Arbeit mit ihnen zu der neuen Lage Stellung nehmen, die durch die gestrigen Besprechungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler auf den Auftrag der Gewerkschaften zum Streikabbruch geschaffen worden sind.

Nach Verhandlungen rechnet man in Gewerkschaftskreisen damit, daß, wenn die Reichsgewerkschaft den Rat der übrigen Gewerkschaften befolge, es schon heute zu einer Einstellung des Streiks kommen könnte. Wenn der Eisenbahnbetrieb heute wirklich beendet werden könnte, so kann aber trotzdem nicht mit der sofortigen Wiederaufnahme des Verkehrs gerechnet werden. Nach Ansicht von Sachverständigen wird von Wiedenaufnahme des Streiks an immer noch eine Zeit von zwei oder drei Tagen verstreichen, ehe der geordnete lehrplanmäßige Verkehr wieder voll im Betriebe ist.

**Streikbeschuß des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Frankfurt.**

Frankfurt a. M., 4. Febr. Die Abstimmung der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. hat eine überwältigende Mehrheit für den Streik ergeben. So haben sich in der Hauptgüterhalle alle Abstimmernden mit Ausnahme von vier Personen und im Hauptpersonenbahnhof etwa 86 Prozent für den Streik erklärt. Gestern frisch verformelnt sich eine Anzahl Streikender vor dem Gebäude der Eisenbahndirektion. Durch Einwirken einer starken Polizei- und Gendarmenpatrouille wurde ein Eindringen der Streikenden in die Räume verhindert und nach dem Eintreffen einer Hundertschaft wurde die Zusammenkunft der Streikenden ohne Schwierigkeiten zerstreut.

**Keine deutschen Arbeiter für Nordfrankreich.**

**(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)**  
Paris, 4. Febr. Die Kammer beriet gestern über die von Deutschland zu bedingenden Ausgaben. Der Abg. Crespel sprach über die Wiederaufbauarbeiten und verlangte deren Beschleunigung. Anlässlich der Frage der Verwendung deutscher Arbeitskräfte richtete Crespel an die Regierung die Frage, ob die französischen Arbeiter, die sich kürzlich gegen die Verwendung italienischer, polnischer und litauischer Arbeitskräfte ausgesprochen, sich mit der Anwendung deutscher Arbeiter in Frankreich einverstanden erklären würden. Er behauptete, es liege im Interesse Frankreichs, auch gegen die Verwendung deutscher Arbeitskräfte Stellung zu nehmen, nachdem man sich gegen die Verwendung polnischer Arbeiter ausgesprochen habe. Nach ihm sprach der Abg. Meunier und behauptete, daß im besetzten Gebiet schon viele Beamte beschäftigt würden und daß diese zum großen Teil nicht einmal die dort in Kraft befindlichen Gesetze kennen.

**Die Entente und der deutsche Reparationsplan.**

**(Eigener Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.)**  
Babel, 4. Febr. Wie die Babel'sche Post aus Paris meldet, sind gestern die Antworten Desalens und Englands auf die deutsche Note in Paris eingegangen. Die Antwort Italiens fehlt noch, ebenso die Entscheidung des französischen Kabinetts. Vor dem Eingang sämtlicher Antworten sei eine offizielle Verlautbarung nicht zu erwarten. **Eine Rede Harding zum Schluß der Abrüstungskonferenz.**

Washington, 4. Febr. Am Sonnabend und Montag werden öffentliche Sitzungen der Konferenz abgehalten. Auf der Montagssitzung wird die Konferenz geschlossen. Wahrscheinlich wird Präsident Harding das Wort ergreifen. Die Entscheidungen der Konferenz über China werden in zwei Verträgen niedergelegt werden, deren einer sich auf die Zolltarife, der andere auf die offene Tür, Integrität, Unabhängigkeit und Souveränität Chinas beziehen. (W. Z. N.)

**Die alliierten Schulden an Amerika.**

Washington, 4. Febr. Das Repräsentantenhaus hat die Abänderungen des Senats am Gesetzentwurf über die Konsolidierung der alliierten Schulden angenommen. Präsident Harding wird demnächst einen Ausschuss ernennen, der die Verhandlungen mit den Schuldnerstaaten eröffnen soll. (W. Z. N.)

**Demokratisierung der königlichen Erlasse in Schweden.**

Stockholm, 4. Febr. Der schwedische Staatsrat hat beschlossen, daß die vom König benannte traditionelle Art der Einleitung von Rundgebungen: Wir, König von Gottes Gnade, usw. künftig fortzufallen soll. König Gustaf soll sich mit dieser demokratischen Aenderung einverstanden erklärt haben.

Montag, 3. Februar 1922